Nummer 581

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Dienstag, 14. Dezember 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis Praxis des Arbeitsrechts Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Koppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: I. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik Kunst und Feuilleton Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche sechsmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 französische Francs, Belgien 250 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Dezember 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die Berliner Presse über Genf.

Rehhaus in Genf! Die Delegationen sind auf der Heimreise und werden von ihren Regierungen, Parlamenten und Zeitungen erwartet, um Rechenschaft abzulegen. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat die Ergebnisse der Genfer Konferenz im allgemeinen ohne Erregung hingenommen. In den politischen Tageszeitungen klingen Zustimmung und Tadel gedämpft. Wenn man von den Zeitungen auf die Parteien schließen darf, so ist vorläufig festzustellen, daß unbedingte Opposition nur auf der äußersten Rechten zu finden ist: die „Deutsche Zeitung" lehnt die Genfer Vereinbarungen glatt ab. Diejenigen Berliner Blätter, die eher als die Vertreter der Deutschnationalen gelten können, wie „Deutsche Tageszeitung" und „Kreuzzeitung", zeigen zwar keine Begeisterung, nicht einmal Befriedigung, aber sie stellen doch fest, daß in einigen Teilen Deutschland Fortschritte erzielt hat, daß die bedingungslose Zurückziehung der interalliierten Militärkontrolle lebhaft begrüßt werden müsse und daß die deutsche Delegation „besseres taktisches Verfahren und bessere Nerven als in Locarno" gezeigt habe. Diese deutschnationalen Blätter weisen jedoch zugleich scharf auf das Bedenkliche der Einsetzung technischer Sachverständiger bei den Entente-Botschaften hin. In der Rechtspresse ebenso wie in den Zeitungen, die den Regierungsparteien nahestehen, wird auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus der Abwicklung der sogenannten Restfragen nach ergeben können. Wenn man hört, mit welcher Offenheit der polnische Chauvinismus Ostpreußen für Polen begehrt (vergl. ein Warschauer Telegramm über dieses Thema an anderer Stelle der vorliegenden Ausgabe), so sieht man, daß die Befürchtungen, Polen und Frankreich würden auch bei der Weiterbehandlung der Frage der Ostfestungen auf äußerste Schwächung der deutschen Wehrfähigkeit im Osten drängen, keineswegs unbegründet sind. Die „Kölnische Zeitung" schreibt, die Hauptschwierigkeiten seien vertagt, die Anerkennung der Abrüstung, die Räumung des besetzten Gebietes und die dauernde Ueberwachung am Rhein. Auch verweisen mehrere Berliner Zeitungen auf die Möglichkeit, daß die Frage der Ostfestungen und der Ausfuhr von „Kriegsmaterial" immer noch letzten Ende vor den Völkerbundsrat kommen können, dessen Zusammensetzung auch uns, wie wir schon betonten, in dieser Beziehung mit begründetem Skeptizismus erfüllen muß.

Damit auch die Stimme der Groteske im Chor der Presse nicht fehle, macht sich der „Vorwärts" mit der Behauptung lächerlich, die so übermäßig lange Anwesenheit der Militärkontrollkommission in Deutschland sei „nicht zuletzt ein Verdienst des Herrn Geßler, seiner Reichswehrgenerale und der von ihnen protegierten rechtsradikalen Verbände."

Die deutsche Delegation aus Genf abgereist.

TU Genf, 13. Dezember.

Die deutsche Delegation hat heute nachmittag um 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Baseler Schnellzug die Rückreise nach Berlin angetreten. Mit der deutschen Delegation hat auch Untergeneralsekretär Dufour Genf verlassen. Er kehrt Anfang Januar nach hier zurück. Die deutsche Delegation trifft morgen nachmittag, gegen 5 Uhr, in Berlin ein.

Briand wird heute abend, um 11 Uhr, in Paris erwartet. Zu gleicher Zeit wird die Abreise Zaleskis nach Berlin mitgeteilt.

Pariser Furcht vor einer Stresemann-Mussolini-Zusammenkunft.

TU Paris, 13. Dezember.

Die Pariser Rechtspresse empfiehlt Briand, den Nachrichten, die von einer für Anfang Januar zu erwartenden Zusammenkunft Stresemann-Mussolini wissen wollen, mehr Beachtung zu schenken und gegebenenfalls Dr Stresemann zuvorzukommen. Man spricht mit einem gewissen Unbehagen von der Möglichkeit eines gemeinsamen deutsch-italienischen Vorgehens in der Frage der Neuverteilung der Kolonialmandate zum Nachteile Frankreichs.

Zur Frage der Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika.

Die Amerika-Abteilung des Bundes der Auslandsdeutschen teilt auf Grund eines Radiotelegrammes ihrer New Yorker Vertretung, der Concord Finance Corporation, mit, daß der neue Gesetzentwurf für die Freigabe des deutschen Eigentums, der am Montag durch den Chairman Green des Haushaltungsausschusses im Repräsentantenhaus eingebracht wurde, auf folgendem Wortlaut basiert:

1. Die deutschen Eigentümer in Amerika beschlagnahmter Vermögen sollen 80 Prozent des in Gewahrsam des Alien Property Custodian befindlichen deutschen Eigentums, dessen Gesamthöhe gegenwärtig mit rund 250 Millionen Dollars angegeben wird, zurückerhalten.
2. Die Reedereien, Radiostationen und Inhaber von Patenten, die durch die amerikanische Regierung in Gebrauch genommen sind, sollen Entschädigungen bis zur Höchstgrenze von 100 Millionen Dolar erhalten, wovon 50 Prozent in bar ausgezahlt werden, sobald der zu ernennende unparteiische Schiedsrichter seine Tätigkeit abgeschlossen, d. h. die in Betracht kommenden Entschädigungen endgültig festgesetzt hat.
3. Die amerikanischen Inhaber von Forderungen gegen die deutsche Regierung sollen erhalten:
   a) 26 Millionen Dollar Zinsen, die auf das beschlagnahmte Eigentum vor dem 4. März 1923 aufgelaufen und bisher nicht auf die einzelnen Konten verteilt sind;
   b) 14 Millionen Dollar, die bis Ende des laufenden Dawes-Jahres von Deutschland aus unter dem Dawes-Plan eingehen;
   c) 20 Prozent des in den Händen des Custodian befindlichen deutschen Eigentums (rund 50 Millionen Dollar);
   d) 50 Prozent der endgültig festgesetzten Entschädigung für die Schiffe, Radiostationen und Patente.
4. Bezüglich der Deckung der verbleibenden Restforderungen der drei Interessentengruppen sollen folgende Maßnahmen getroffen werden:
   a) die amerikanischen Forderungsberechtigten sollen eine Priorität auf den amerikanischen Anteil von 2½ Prozent an den Dawes-Annuitäten in voller Höhe dieser Zahlungen erhalten, solange, bis ihre Forderungen zu 80 Prozent befriedigt sind;
   b) Zwecks Befriedigung der dann verbleibenden je 20 Prozent betragenden Restforderungen deutscher Eigentümer und amerikanischer Anspruchsberechtigter und der sich auf 50 Prozent belaufenden Restforderungen der Reedereien, Radiostationen und Patentinhaber soll der amerikanische Anteil an den Dawes-Annuitäten pro Rata verwendet werden.
   c) Es besteht die Ansicht, für die Restforderungen sämtlicher Interessentengruppen Zertifikate auf den amerikanischen Anteil an den Dawes-Annuitäten auszugeben. Die Frage der Ausstattung dieser Zertifikate und ihrer Begebungsmöglichkeit ist noch nicht endgültig geklärt.

3. Von besonderer Bedeutung ist es, daß zum ersten Mal eine Auszahlung der zu 2a erwähnten vor dem 4. März 1924 aufgelaufenen Zinsen geplant ist, dergestalt, daß nach Tilgung der Restforderungen der drei Interessentengruppen der amerikanische Anteil aus den Dawes-Annuitäten auch hierfür zur Verfügung stehen soll.

*

Von der Tatsache ausgehend, daß die Lösung der deutschen Eigentumsfrage nur gemeinsam mit der Befriedigung der amerikanischen Forderungsberechtigten möglich war, muß die vorstehend gekennzeichnete Verständigung zwischen den beteiligten Parteien begrüßt werden. Die Vertreter der verschiedenen deutschen Eigentümergruppen haben sich demzufolge einmütig auf den Boden dieser Verständigung gestellt. Die diesjährige Vorlage unterscheidet sich ihren Aussichten nach von dem vorjährigen Gesetzentwurf dadurch, daß es sich nicht um den Antrag eines Abgeordneten handelt, sondern um eine „Committee-Bill", die dem Stempel der Genehmigung durch den Haushaltungsausschuß des Repräsentantenhauses trägt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiger Gesetzentwurf günstige Aussichten auf Annahme im Repräsentantenhaus hat. Sein endgültiges Schicksal allerdings ist hiermit noch nicht entschieden, da sich die Haltung des Senats schwer voraussehen läßt.

Wichtige Besprechungen über die Reichswehr.

Die Reichsregierung hatte zu gestern nachmittag die Führer der Regierungsparteien und den Chef der Heeresleitung, General Heye, zu einer Besprechung eingeladen. Wie wir hören, beschäftigte sich die Besprechung in erster Linie mit der Stellung der Parteien zur Reichswehr und mit der Lage der Reichswehr. Es ist anzunehmen, daß auch die maßlose Agitation der Sozialdemokraten und der ihr befreundeten linksdemokratischen Presse gegen die Reichswehr und gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler erörtert wurde.

Zur innenpolitischen Lage

erfährt die T. U. in Bestätigung unserer gestrigen Meldung: Es gingen gestern im Reichstage Gerüchte um, daß nach der Möglichkeit gesucht werde, die bei der dritten Lesung des Nachtragsetats in Aussicht genommene große politische Aussprache über die Innen- und Außenpolitik zu verschieben. Die dritte Lesung des Nachtragsetats wird zwar sicherlich vor der Weihnachtspause stattfinden müssen, und es läßt sich natürlich nicht verhindern, daß dabei die großen politischen Momente zur Aussprache gebracht werden. Aber es liegt doch nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß man

eine auf eine Regierungskrise zugespitzte Aussprache noch umgehen wird.

Es bliebe auch die Möglichkeit, zwar eine Aussprache zu führen, aber die Abstimmungen, die für den Bestand der Regierung entscheidend sein können, bis nach der Weihnachtspause zu vertagen. Die Sozialdemokratische Fraktion bestebt, wie wir hören, darauf, daß die Entscheidung noch vor der Weihnachtspause fällt, und da die Zeit in dieser Woche sehr gedrängt ist, rechnet man in parlamentarischen Kreisen zum Teil schon damit, daß der Reichstag noch bis in die nächste Woche zusammengehalten werden muß. Für den Mittwochvormittag ist eine neue Sitzung des Aeltestenrats vorgesehen, in der die endgültigen Dispositionen getroffen werden sollen.

— **Kammererstwahlen in Frankreich.** Gestern fanden im Norddepartement für drei verstorbene Abgeordnete der republikanischen Union Kammererstwahlen statt. Hierbei trug die Liste der nationalrepublikanischen Union den Sieg über die Liste der republikanischen Union, der Sozialisten und der Kommunisten davon.

Ergebnisloser Abbruch der Chorzow-Verhandlungen.

Nachdem die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Stickstoffwerk Chorzow am 9. Dezember wieder aufgenommen waren, sind sie bis heute vormittag fortgesetzt worden. Da die Ansichten der beiden Delegationen noch weit voneinander entfernt sind, haben sie sich zunächst getrennt, um den beiderseitigen Regierungen zu berichten.

Polnische Absichten auf Ostpreußen.

Der Traum vom „Freistaat Königsberg". — Dmowskis großpolnische Pläne.

OE Warschau, 13. Dezember.

Die Propaganda für ein „Großpolen", die von Dmowski und seiner neugegründeten Partei betrieben wird, beginnt in einem Teil der Warschauer politischen Kreise Besorgnis zu erregen. Es wird als grober taktischer Mißgriff bezeichnet, daß gerade jetzt der Redakteur der „Gazeta Olsztynska", Pietrzycek, unter der Aegide des Dmowski-Lagers eine Propagandareise nach Posen unternommen hat, um für die großpolnischen Ideen zu agitieren. Es ist bekannt, daß Dmowski wiederholt öffentlich die Annexion Ostpreußens mit gleichzeitiger Bildung eines Freistaates Königsberg gefordert hat, daß ferner seine Anhänger Stanislaw Grabski und Strokowski eine „agitatorische Unterminierung" des südlichen Ostpreußen empfohlen haben. Das Zusammenwirken polnischer Agitatoren aus Ostpreußen mit dem großpolnischen Lager liefert nach Ansicht vieler Warschauer Politiker Deutschland neue wirksame Argumente dafür, daß der deutsche Osten tatsächlich von Polen bedroht sei und mithin verschärften Schutzes bedürfe. In einer Zeit, wo die Frage der deutschen Ostbefestigungen noch unentschieden ist, sei Dmowskis Gebaren höchst bedenklich.

— **Der Aufstand in Nicaragua.** Der Präsident von Nicaragua, General Diaz, hat ein Manifest veröffentlicht, worin er nochmals erklärt, daß die mexikanische Regierung die revolutionäre Bewegung in Nicaragua aktiv unterstütze. Weiter heißt es in dem Manifest, es lagen zuverlässige Nachrichten darüber vor, daß amerikanische Kanonenboote in Begriff seien, eine bewaffnete Expedition gegen die konservative Regierung zu unternehmen.

Die Rechtsstellung der preußischen Polizeioffiziere.

Man schreibt uns:

Das preußische Schutzpolizeibeamtengesetz von 1922, das die beamtenrechtliche Stellung der Angehörigen der Schutzpolizei regelte, ist schon seit dem 1. Dezember 1925 hinfällig geworden. Seine Gültigkeit wurde seither von Vierteljahr zu Vierteljahr verlängert, ohne daß das preußische Staatsministerium dem Landtag den Entwurf eines neuen, die gleiche Materie regelnden Gesetzes vorlegte. Bei der von allen beteiligten Faktoren anerkannten hohen — auch allgemeinen — Bedeutung des Gegenstandes wird nunmehr jedoch nach Jahresfrist die Gesetzesvorlage nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfen. Es wird damit gerechnet, daß in absehbarer Zeit ein Gesetz nicht nur für die Schutzpolizei erscheint, sondern daß alle Sparten der Polizei, also z. B. auch Polizei-Verwaltungs-Innendienst, Kriminalpolizei, Landjägerei und in gewissen Grenzen die kommunale Polizei, in einem preußischen „Polizeibeamtengesetz" zusammengefaßt werden.

Eine besondere Behandlung erfahren schon im bisher gültigen Gesetz die Polizeioffiziere und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Neuregelung gerade hinsichtlich dieses Punktes bei den Beratungen über das kommende Gesetz eine große Rolle spielen wird. Schon bei den Etatreden des Jahres 1926 wurde von den Rednern der verschiedensten Parteien das allergrößte Interesse gerade an den hiermit zusammenhängenden Fragen bekundet, als im Etatentwurf der Regierung der Vermerk gefunden wurde, daß in Zukunft die Beamten des höheren Aufsichtsdienstes der Landjägerei in das Beamtenrechtsverhältnis der Polizeioffiziere eingefügt werden sollten. Wenn man weiß, daß der im Deutschen Beamtenbund organisierte Verband Preußischer Polizeibeamten (Schrader-Verband), der zwar nur einen unwesentlichen Teil der preußischen Polizeioffiziere zu seinen Mitgliedern zählt, aber dem preußischen Ministerium des Innern gegenüber sich bisher eines nicht unbedeutenden Einflusses rühmen dürfte, grundsätzlich den Polizeioffizieren dieselbe Rechtsstellung wie allen Beamten, einschließlich aller Polizeibeamten, zu geben wünscht — und wenn man weiß, daß dem gegenüber sowohl das preußische Innenministerium als auch die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, in der mit wenigen Ausnahmen alle Polizeioffiziere des Landes zusammengefaßt sind, die bisherige Rechtsstellung dieser Beamten beizubehalten streben —, dann läßt sich leicht erkennen, daß bis zur Verabschiedung des neuen Polizeibeamtengesetzes noch mancher Kampf hinter den Kulissen ausgefochten werden wird.

In nachstehenden Ausführungen soll daher aus der umfangreichen und schwierigen Materie der Polizeibeamtengesetzgebung nur die Frage der Rechtsstellung der Polizeioffiziere herausgegriffen werden. Sie ist aber auch staatspolitisch und beamtengeschichtlich betrachtet eine der wichtigsten unter den Aufgaben, die zur Zeit den gesetzgebenden Körperschaften Preußens obliegen. Und da schließlich aus der Rechtsstellung die zukünftige Entwicklung der Führerschaft in unserer Schutzpolizei und mit ihr die Qualität der gesamten Polizei in den nächsten Jahrzehnten sich zwangsläufig gestalten muß, sollte die Allgemeinheit an den hier behandelten Fragen interessiert sein. Schließlich wird es sich von selbst ergeben — und die Entwicklung der letzten Jahre hat die Beweisführung hierfür bereits angetreten —, daß durch die mittelbare Einwirkung Preußens auch die Polizeien der anderen deutschen Länder der des größten Staates sich immer mehr anähneln. Die